

Das Stromabkommen

Der Text des Abkommens ist anscheinend ausgehandelt. Er bleibt aber unter Verschluss; Warum? Ohne diese Information ist eine fundierte Diskussion nicht möglich und die Schweiz kann sich keine innenpolitische Meinung bilden, ob sie es will. Mit den bisher publizierten Fakten ist lediglich die folgende, sehr provisorische, unvollständige Analyse möglich.

Versorgungssicherheit

Hintergrund dieser Problematik ist:

- Das Abschalten der schweizerischen Atomkraftwerke wird eine Lücke von ca. 30 % der Schweizer Stromproduktion hinterlassen. Ungenügende Fortschritte bei Solar- und Windstrom. Blockierung beim Ausbau der Wasserkraft.

Resultat: Deutlich *weniger Produktion* von Elektrizität

- Mehr Einwohner; Elektrofahrzeuge, Heizung durch Wärmepumpen: Verlagerung von fossilen Brennstoffen auf Elektrizität,

Resultat: Deutlich *mehr Verbrauch* von Elektrizität

- Gleiche Entwicklung in unseren Nachbarländern: Mehr Verbrauch, weniger Produktion in Deutschland durch Abschalten der Kernkraftwerke und Herunterfahren der Kohlekraftwerke; Abschalten alter Kernkraftwerke in Frankreich und technische Pannen in deren Erneuerung; Italien kaum Exportfähigkeit.

Das Problem ist klar: Voraussehbarer Strommangel.

Löst ein Stromabkommen dieses Grundproblem? Nein.

Dazu zwei Zitate:

„Das Beispiel des 24. Januar 2017 zeigt, dass wir uns niemals nur auf unsere Nachbarn verlassen sollten. Auch Frankreich kann bei Eigenbedarf die vertraglichen Lieferungen mit der Schweiz aussetzen und es besteht kein Zweifel daran, dass auch die anderen Nachbarländer im Extremfall einen EU-Drittstaat zuletzt beliefern würden, ja gemäss EU-Regularien müssten.“ (Axpo Geschäftsbericht 2017)

„Die Pandemie zeigt deutlich, dass internationale Solidarität in Krisenzeiten keine Bedeutung hat. Staaten setzen knallhart ihre Eigeninteressen durch.... Seien wir uns im Klaren darüber: Würde der Strom oder das Essen knapp, wäre das nicht anders.“ (NZZ vom 14.3.2020)

Die Lösung des Hauptproblems unserer Elektrizitätswirtschaft durch Abkommen regeln zu wollen, ist Illusion. Im Extremfall schaut jeder für sich. Abkommen sind dann das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen, Stromabkommen hin oder her, Rahmenabkommen hin oder her.

Ein Stromabkommen bringt keine Versorgungssicherheit

Die Lösung muss ganz anders aussehen:

Schaffung genügender Stromproduktionskapazitäten *in der Schweiz, jetzt.*

Das ist ohne Abkommen möglich. Es braucht einen nationalen Ruck durch das Land, wie damals vor der landesweiten Einführung von Abwasserreinigungsanlagen, vor dem Autobahnbau, vor der NEAT. Mit einer Planung, Durchführung und Finanzierung analog diesen grossen, gelungenen Infrastrukturaufgaben.

Dabei darf man sich nicht vom Argument leiten lassen, bei den heutigen Strompreisen fehle die Rentabilität. Sie war bei keinem der grossen erfolgreichen Projekte gegeben. Versorgungssicherheit, nicht Rendite ist massgebend. Zudem bringt der voraussehbare Strommangel höhere Preise, so dass Rentabilität schliesslich doch noch möglich sein sollte. Auch die Stromhändler, die derzeit von der EU behindert werden, dürfen nicht den Ausschlag geben. Die Versorgungssicherheit hat Vorrang. Langfristiges Denken ist angesagt.

Exportbeschränkungen

Die EU will die Stromexporte ab 2025 generell und ohne Notsituationen auf 70 % der Kapazität begrenzen. Das bestätigt, dass man sich niemals auf Stromimporte verlassen darf. Damit ist aber auch richtig, dass die Schweiz gewisse Reserven in den Seen der Wasserkraftwerke vorschreibt und darüber hinausgehende Exporte verbietet.

Zusammenarbeit über die Grenze funktioniert

Die Verteilnetze für Elektrizität der verschiedenen Staaten sind eng miteinander verbunden und grössere Mengen von Elektrizität kreuzen im internationalen Handel jedes Jahr die Grenzen. Der Handel mit Elektrizität und Netzkapazitäten wird über europaweite Stromhandelsplattformen abgewickelt. Seit je haben die Schweizer Stromproduzenten, Händler und Verteilnetze mit jenen der Nachbarländer zusammengearbeitet und es hat bisher immer reibungslos funktioniert, solange die Praktiker sich trafen, Informationsaustausch organisierten und die Apparaturen bedienten.

Seit einiger Zeit beginnen die EU-Bürokraten, Sand ins Getriebe zu streuen. Das begann mit dem Versuch, die Schweizer 2015 vom „Market Coupling“, d.h. den gemeinsamen Handel mit Strom und Übertragungskapazität auszuschliessen. Die Praktiker haben trotzdem einen Weg gefunden. Obschon die Schweiz ausgeschlossen ist, haben die schweizerischen Stromproduzenten ihre Gewinne seit 2015 massiv gesteigert. 2018 hat Axpo bei der jährlichen Umfrage von Fachmagazinen Bestnoten erhalten: In der Kategorie Stromhandel verteidigte Axpo im Risiko-sektor den ersten Platz weltweit. Im September 2019 rapportierte die europäische Strombörse EPEX, dass die Schweiz ihren Wachstumskurs im kurzfristigen Handel um 27.6 % gesteigert hat.

So schlimm kann demnach der offizielle Ausschluss der Schweiz aus dem „Market Coupling“ nicht gewesen sein. Die Zusammenarbeit über die Grenze funktioniert, mit oder ohne Stromabkommen mit der EU, aus technischer Notwendigkeit für beide Seiten.

Mitsprache in den Führungsgremien der europäischen Stromregulatoren?

Das Gewicht der Schweiz dürfte angesichts der Grössenverhältnisse bei plus/minus Null liegen. Allein schon Deutschland produziert zehn mal mehr Strom als die Schweiz. Informelle Mitsprache auf der Ebene der Praktiker ist besser.

Oekonomische Vorteile durch ein Stromabkommen ?

Der Vertreter der Strombörse sagt, gemäss von ihm bezahlter Studie belaste das Fehlen eines Stromabkommens die Schweizer Volkswirtschaft jedes Jahr mit zweistelligen Millionenbeträgen. Z.B. 60 Millionen pro Jahr ergäbe jedoch gerade einmal 0.01 Prozent der schweizerischen Wirtschaftsleistung. Das ergäbe einen Vorteil für die rund sechs Stromproduzenten, die auch in grösserem Umfang Handel mit ausländischen Produzenten betreiben. Ob sie diesen Vorteil an die Verbraucher weiterleiten, ist unsicher. Umgekehrt müsste sich der Rest der ca. 700 Teilnehmer am Schweizer Strommarkt massiv restrukturieren und sich mit dem heutigen und dem sich dauernd ändernden EU-Recht auseinandersetzen. Das ist teuer und ineffizient.

Per saldo wäre der wirtschaftliche Vorteil eines Stromabkommens minimal.

Keine Einmischung der EU bei der Stromerzeugung in der Schweiz

Die Schaffung neuer Stromerzeugung in der Schweiz unter dem heute bestehenden Zeitdruck ist in der internen Politik schon sehr schwierig. Nur schon das Ausbalancieren der verschiedenen Ziele innerhalb des Umweltschutzes z.B. Wollen wir CO2 Reduktion durch landschaftsverunstaltende Windräder? die Berge mit umweltfreundlichen Sonnenkollektoren ausrüsten? Mehr Elektromobile und Wärmepumpen aber weniger Elektrizitätsverbrauch? Ist das Risiko von Atomkraft tragbar? Stauseen für umweltfreundliche Wasserkraft oder Landschafts- und Artenschutz ? Alles ganz abgesehen von der sozialen Sprengkraft der Finanzierung (Stichwort Gelbwesten).

Über das Beihilfe-Recht mischt sich die EU in praktisch alle Gesetzgebungsbereiche ein, auch in die Stromproduktion und Verteilung. Dadurch wird die Problematik massiv verschärft. Eine neue Schicht von Bürokratie (eben jene der EU) muss berücksichtigt werden. Und die ist sehr langsam und weit von der Problematik entfernt. Einmischung der EU in dieses auch bei uns intern komplizierte Projekt sollten wir uns nicht auch noch leisten. Die derzeitigen Beihilfe-Exerzitien, welche sich die EU bei der Sanierung der Electricité de France leistet, brauchen wir definitiv nicht. Ebenso wenig eine sechsjährige Verzögerungen zur Genehmigung gewisser Aspekte der Energiestrategie in Deutschland, verursacht allein durch die Notwendigkeit, die Aspekte durch die EU genehmigen zu lassen. Auch nicht EU-Qualifikation der Wasserkraft als „Übergangstechnologie“.

**Einmischung der EU beim internen Ausbau unserer Stromkapazitäten
ist definitiv out, mit oder ohne Stromabkommen.**

Verlust an Flexibilität.

Die Energiewirtschaft unterliegt massivem und raschestem Wandel. Die Erdölpreise sanken im März 2020 innert 3 Monaten auf ein Drittel des Januarpreises. Ein Jahr später waren sie wieder auf das Dreifache gestiegen. Die beiden deutschen Stromriesen EON und RWE mussten die im Jahre 2016 mit grossem Trara eingeführte Unternehmenspolitik, mit Fusionen und Abspaltungen bereits im Jahre 2018 wieder fundamental umstellen. Die Energiewende in Deutschland hat innert 5 Jahren die Energiewirtschaft total auf den Kopf gestellt, die Strompreise massiv gesenkt, im Gegenzug aber unsicher und von den Braunkohle-Dreckschleudern abhängig gemacht.

Beim heutigen Tempo der Entwicklungen im Energiesektor ist eine langfristige Bindung in der Energiepolitik durch Abkommen grundsätzlich verfehlt.